



Valentin Martin Heimerl

Paritätische Aufstellung von Kandidaten für Bundestagswahlen

Eine verfassungsrechtliche Untersuchung

Tübinger Schriften zum Staats- und Verwaltungsrecht, Band 109

195 Seiten, 2023

Print: <978-3-428-18725-6> geb., € 69,90

E-Book: <978-3-428-58725-4> € 62,90

Die Zweckmäßigkeit und Zulässigkeit gesetzlicher Vorgaben, die auf eine Veränderung des Geschlechterverhältnisses im Parlament abzielen, wird seit längerem intensiv diskutiert. Die von Brandenburg und Thüringen verabschiedeten Paritätsgesetze wurden jedoch jeweils für nichtig erklärt. Dies nimmt der Autor zum Anlass und untersucht in grundlegender Weise die Zulässigkeit paritätischer Vorgaben für die Kandidatenaufstellung für Parlamentswahlen aus (bundes-)verfassungsrechtlicher Sicht. Neben einem Blick auf Alternativen im europäischen Ausland betrachtet der Autor zunächst die tatsächlichen Geschlechterverhältnisse in den Parlamenten und Parteien und legt Regelungsmöglichkeiten dar, mit denen eine Annäherung an das Ziel paritätisch besetzter Parlamente gelingen könnte. Den Schwerpunkt bildet die Untersuchung dieser Regelungen auf ihre verfassungsrechtliche Zulässigkeit, nicht ohne dabei immer wieder einen Vergleich mit parteiinternen geschlechterbezogenen Vorgaben zu ziehen.

Inhalt

1. Einführung in die Thematik

2. Hintergründe einer paritätischen Besetzung von Parlamenten

Politischer und geschichtlicher Hintergrund — Abgrenzung zu paritätischen bzw. quotalen parteiinternen Normierungen — Parallele Regelungen im Ausland

3. Inhalt und Regelungstechnik eines Paritätsgesetzes

Ausgangsbefund — Gesetzestechnischer Ansatz eines Paritätsgesetzes

4. Verfassungsrechtliche Prüfung

Verfassungstheoretischer Hintergrund paritätischer Vorgaben für die Kandidatenaufstellung — Paritätische Vorgaben für die Kandidatenaufstellung und die grundgesetzliche Konzeption repräsentativer Demokratie — Gesamtergebnis

Zusammenfassung

Literatur- und Sachverzeichnis